

Bitte warten!

Es wird langsam eng im Wartezimmer der EU, doch bis sich für die Kandidaten die Tür nach Brüssel öffnet, werden noch einige Jahre vergehen.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Seit der Gründung der Europäischen Union im Jahr 1957 kamen 22 Staaten zu den Gründungsmitgliedern Frankreich, Italien, Deutschland, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden hinzu. Jeder europäische Staat kann eine Mitgliedschaft in der Union beantragen – unter der Voraussetzung, dass Grundsätze der Freiheit und Demokratie, die Menschenrechte sowie die Rechtsstaatlichkeit geachtet werden.

Kriterien von Kopenhagen

Wird ein Beitrittsgesuch eingereicht, setzt dies eine Reihe von EU-Beurteilungsverfahren im Gang. Dabei richten die Verfahren sich nach den sogenannten Kriterien von Kopenhagen: Festgelegte politische und wirtschaftliche Voraussetzungen sowie das Acquis-Kriterium – die Fähigkeit, aus der Mitgliedschaft entstehende Verpflichtungen zu übernehmen und die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion anzunehmen – müssen erfüllt werden. Außerdem muss die EU in der Lage sein, ein zusätzliches Mitglied aufzunehmen. Erst dann erhält das ansuchende Land einen Kandidatenstatus und kann mit den Beitrittsverhandlungen beginnen. Im Zuge dessen müssen die Kandidaten die Rechtsvorschriften der EU in nationales Recht umsetzen. Die letzte Hürde stellt die Unterzeichnung des sogenannten Beitrittsvertrages von allen gegenwärtigen EU-Mitgliedsstaaten sowie durch das Kandidatenland dar, unter der Voraussetzung,

dass dieser Vertrag im Vorfeld vom EU-Parlament formal gebilligt wurde. Derzeit haben acht Länder den Status eines Beitrittskandidaten oder potenziellen Kandidaten mit Aussicht auf EU-Mitgliedschaft. Wie sieht jedoch aktuell der Status quo im Wartezimmer der EU aus?

Warten und warten lassen

In Island sind die Beitrittsverhandlungen momentan sprichwörtlich auf Eis gelegt. Grund dafür ist die im Mai 2013 neu gewählte Mitte-rechts-Regierung, die die Bevölkerung über einen EU-Beitritt abstimmen lassen möchte. Erst nach einem positiven Referendum sollen die seit 2009 laufenden Beitrittsgespräche wieder aufgenommen werden. Der nördlichste Staat Europas ist ein gebranntes Kind der Finanzkrise 2008, die die Wirtschaft des isländischen Staatshaushalt ins Wanken geraten ließ. Mehrere Banken wurden durch Verstaatlichungen vor einem Kollaps gerettet.

Obwohl die sozialdemokratische Regierung unter Jóhanna Sigurðardóttir durch eine erfolgreiche Wirtschaftssanierung und Stabilisierung des Staatshaushaltes Island wieder auf EU-Kurs bringen konnte, wandte sich der Großteil der öffentlichen Meinung gegen die EU. Sogar ein Beitritt zur Eurozone erscheint den Isländerinnen und Isländern laut aktuellen Umfragen immer weniger attraktiv. Die zusätzliche Furcht der InselbewohnerInnen vor dem Einziehen großer EU-Fangflotten in Islands Gewässer erscheint angesichts der wachsenden Skepsis fast noch als Randbemerkung.

BUCHTIPP

Ulrich Brasche:

Europäische Integration

Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte

Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2013, 591 Seiten, € 30,70
ISBN: 978-3-486-71657-3



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ein baldiger EU-Beitritt ist daher nicht absehbar.

Warten auf Erdoğan

Die Türkei ist das Sorgenkind des tschechischen EU-Erweiterungskommissars Štefan Füle – das Land am Bosphorus sitzt seit seinem Beitrittsantrag am 1. April 1987 im EU-Wartezimmer, obwohl es bereits seit 1999 den Kandidatenstatus innehat. Dass die Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten oder teilweise gar zum Erliegen kommen, liegt am permanenten Widerstand der Türkei, das Zusatzprotokoll von Ankara zu ratifizieren, das für den Abschluss derzeit offener Verhandlungskapitel von wesentlicher Bedeutung ist. Das Zusatzprotokoll regelt die Erweiterung der Zollunion mit der Türkei auf die im Mai 2004 beigetretenen neuen EU-Mitglieder, darunter auch Zypern. Die Türkei, die seit 1974 den nördlichen Teil der Insel besetzt hält, weigert sich, Zypern als Staat anzuerkennen. Die Ratifizierung des Zusatzabkommens würde